

Pressemitteilung der Ortsvorsitzenden der CSU Ortsverbände Strietwald, Damm und Damm-Ost

Die Vorsitzenden der CSU Ortsverbände Strietwald, Damm und Damm-Ost starten eine Unterschriftenaktion für den Erhalt des Standort Mörswiesenstraße des Aschaffener Recyclinghofes. Unterschriftenlisten werden an Vorsitzende von örtlichen Vereinen verschickt und in einigen Geschäften in den beiden Stadtteilen ausgelegt. Unterschriftenformulare sind außerdem unter www.csu-aschaffenburg.de über die weiteren Links „Kreisverband Aschaffenburg/Stadt“ und „Aktuelles“ verfügbar. Listen können auch direkt bei den Vorsitzenden der drei Verbände, Stadtrat Dr. Winfried Bausback, Im Neurod 8, 63741 Aschaffenburg (Ortsverband Strietwald), Alfred Höfer, Kästerweg 23 c, 63741 Aschaffenburg (Ortsverband Damm) und Otmar Schulze, Schneidmühlweg 42, 63741 Aschaffenburg (Ortsverband Damm-Ost) angefordert werden. In der Werkssenatssitzung am 20. Juli 2006 wurde durch den Leiter der Stadtwerke im Hinblick auf die Verbesserung der Organisation des Recyclinghofes die Absicht zur Schließung der Station an der Mörswiesenstraße geäußert. Stadtrat Dr. Bausback setzte sich daraufhin im August 2006 mit einem Antrag für den Erhalt der Station ein. Ein ortsnahes Angebot wichtiger Entsorgungsleistungen für den Norden der Stadt, vor allem für die Stadtteile Strietwald und Damm, die Vermeidung weiterer Transportfahrten durch die Stadt, der Anspruch einer serviceorientierten und bürgernahen Verwaltung und das Bemühen, illegalen wilden Entsorgungen entgegenzuwirken, sprechen – so die Begründung – gegen eine solche Schließung. Für die weiteren Planungen zur Verbesserung der Arbeitsabläufe und der Öffnungszeiten des Recyclinghofes wird die politische Vorgabe gefordert, auch den zweiten Standort an der Mörswiesenstraße zu erhalten. Mit der Unterschriftenaktion soll für die weitere Diskussion im Rahmen der Verwaltung und des Stadtrates das Interesse der Bevölkerung von Strietwald und Damm am Erhalt dieses Standorts genauer erhoben und dokumentiert werden.

Für die Bevölkerung der Stadtteile Strietwald und Damm ist nach Ansicht der drei Ortsvorsitzenden die Station des Recyclinghofes an der Mörswiesenstraße von erheblicher Bedeutung. Obwohl der Standort an der Mörswiesenstraße am gerade von Privatleuten intensiv genutzten Samstag ganz geschlossen bleibt und im Hinblick auf seine begrenzte Fläche nicht das gesamte Angebot wie am Standort Fürther Straße vorhalten kann, führen schon jetzt 30 Prozent der Fahrten zur Station an der Mörswiesenstraße. Würde der Standort an der Mörswiesenstraße auch am Samstag geöffnet, wäre dieser Anteil noch wesentlich höher. Die Akzeptanz und Annahme des Recyclinghofes an diesem Standort ist hoch und wäre sogar gerade mit einer Öffnung auch an Samstagen noch deutlich ausbaufähig. Ein Wegfall dieses Standorts würde für die Einwohner der nördlichen Stadtteile eine erhebliche Mehrbelastung bedeuten. Der Anfahrtsweg zur Fürther Straße ist insbesondere für Strietwälder und Dämmer Bürger weit. Die Strecken, die von Strietwald und Damm aus zur Station in der Fürther Straße führen, sind zudem ohnehin stark belastet und zu Hauptverkehrszeiten häufig verstopft, derzeit insbesondere die Schillerstraße, die Hanauerstraße zwischen Mainaschaffer Straße und Ebertbrücke sowie die Ebertbrücke selbst. Gerade Privatleute und kleine Firmen müßten in den Stoßzeiten des Verkehrs durch den Wegfall des nördlichen Standorts erheblich längere Anfahrtszeiten in Kauf nehmen. Im Hinblick auf den Planungsstand wird jedenfalls auf einem Teil dieser Strecken erst langfristig eine Besserung zu erwarten sein. Ziel der Verkehrspolitik der Stadt ist es, den Individualverkehr möglichst zu verringern oder zumindest einer weiteren Steigerung entgegenzuwirken. Fahrten zu den Entsorgungseinrichtungen stellen jedenfalls zum Teil (Kleinlaster, Anhänger, hohe Zuladungen) eine besondere Belastung für den Verkehrsfluß dar. Auch dies spricht dafür, das Angebot an zwei Standorten vorzuhalten. Nicht ausgeschlossen werden kann, daß durch eine er-

hebliche Erschwerung des Anfahrtsweges die illegalen wilden Müllablagerungen auf freien Grundstücken, in Bereichen des Waldrandes und der Aschaff zunehmen. Schon jetzt stellen solche Ablagerungen ein erhebliches Ärgernis dar, wobei auch von illegal abgelagerten Grünabfällen erhebliche Belastungen für Mensch und Umwelt ausgehen. Die Verwaltung der Stadt nimmt in vielen Bereichen zu Recht Bürgernähe und Serviceorientiertheit für sich in Anspruch. Mit einem solchen Selbstverständnis erscheint die Schließung eines Standorts des Recyclinghofes für den Norden der Stadt nicht vereinbar. Für ein Stadtgebiet von der Größe Aschaffenburgs erscheint eine örtliche Aufteilung des Angebots des Recyclinghofes auf zwei Standorte geboten. Das Bemühen der AVG, die Situation des Recyclinghofes an der Fürther Straße zu verbessern und die Arbeitsabläufe sowie Öffnungszeiten im Interesse der Kunden und der Kostensituation zu optimieren, ist notwendig und anerkennenswert. Eine politische Vorgabe für eine solche Strukturveränderung des Leistungsangebots sollte aus den oben genannten Gründen dabei allerdings sein, daß zwei Standorte erhalten bleiben. Auch in diesem Falle ist durch eine Verbesserung der Arbeitsabläufe eine Entlastung möglich, die u.a. zur zeitlichen Ausweitung des Angebots herangezogen werden können. Für den Erhalt des Standortes an der Mörschswiesenstraße sind zudem auch im Zeitalter knapper Kassen begrenzte zusätzliche Kosten in Kauf zu nehmen.